

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ottmar von Holtz, Uwe Kekeritz, Agnieszka Brugger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 19/26887 –**

### **Die globale COVID-19-Bekämpfung organisieren und unterstützen**

#### **A. Problem**

Die COVID-19-Pandemie stellt die Welt vor eine Herausforderung, die nur durch einen breiten Ansatz, multilaterale Abstimmung und globale Solidarität miteinander bewältigt werden kann. Fast überall stößt die Gesundheitsversorgung an Belastungs- und Kapazitätsgrenzen, und die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen sind verheerend. Durch die COVID-19-bedingte Überlastung der Gesundheitssysteme kommt es zu Einschränkungen in der Gesundheitsversorgung und zu Verzögerungen in der Lieferung anderer lebensrettender Medikamente.

Die nun verfügbaren Impfstoffe versprechen eine Erleichterung und gelten als wichtiges Mittel zur Eindämmung der Pandemie. Es bestehen jedoch große Ungleichheiten beim Zugang zu den Impfstoffen auf globaler Ebene. Zwei Drittel der Menschen weltweit müssen voraussichtlich noch bis zu drei Jahre auf eine Impfung warten; das Duke Health Innovation Center hat errechnet, dass es besonders lange auf dem afrikanischen Kontinent dauern wird.

Die Mutationen des Corona-Virus haben deutlich gemacht, dass es zu gravierenden Auswirkungen kommt, wenn der globale Süden aus den Impfkampagnen ausgeschlossen wird. Die möglichst rasche, faire und gleichberechtigte weltweite Bereitstellung von Impfstoffen ist entscheidend, zumal sie auch positive wirtschaftliche Auswirkungen haben wird, wie Studien der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organisation, WHO) belegen. Um ausreichend Impfstoffe für die Weltbevölkerung verfügbar zu machen und vor allem vulnerable Bevölkerungsgruppen und Gesundheitspersonal gleichermaßen so schnell wie möglich zu schützen, muss die Produktion gesteigert werden.

Für einen global gerechten Zugang zu Diagnostika, Therapeutika und Impfstoffen ist mit dem Access-to-Covid-19-Tools-Accelerator (ACT-A) ein neuer multilateraler Ansatz installiert worden; die Bundesregierung hat im Februar 2021 eine Mittelzusage in Höhe von 1,5 Mrd. Euro gemacht. Zum ACT-A gehört auch die

Covid-19-Vaccines-Access-Facility (COVAX), welche strategische, politische, rechtliche und finanzielle Fragen für den Einkauf und die Verteilung der COVID-19-Impfstoffe koordinieren soll.

Mehrere wohlhabende Staaten sowie die Europäische Union (EU) haben sich die ersten COVID-19-Impfstoffe über bilaterale Abkommen gesichert und bereits mit den Impfungen begonnen, während vielen Ländern des Globalen Südens erst wenige Impfstoffmengen zur Verfügung stehen. Die aktuelle Situation ist, nach Auffassung der Antragsteller, ein Spiegelbild dessen, was in der globalen Gesundheit versäumt worden sei. Die Lücke, die die EU bei der Verteilung von Impfstoffen hinterlasse, werde derzeit in Teilen von China und Russland gefüllt. Diesen Akteuren gehe es dabei nicht nur um die dringend notwendige Versorgung der Bevölkerungen mit Impfstoff, sondern auch um die Erzeugung finanzieller und politischer Abhängigkeiten. Dem setze die EU und die Bundesregierung nicht ausreichend entgegen, und damit erweckten sie den Eindruck, dass sie die Ängste ihrer Partner weltweit nicht ernst genug nehmen würden.

Die WHO muss nach Auffassung der Antragsteller in der Koordinierung der Pandemiebekämpfung eine Schlüsselrolle einnehmen, denn ihre Empfehlungen und Vorgaben gelten für alle Mitgliedstaaten. Mit dem Covid-19-Technology-Access-Pool (C-TAP) hat sie zudem eine zentrale Plattform für den vollständigen Technologietransfer von Diagnostika, Medikamenten und Impfstoffen, inklusive freiwilliger Lizenzvergaben von Unternehmen an dritte Hersteller, geschaffen. Um möglichst viele Impfstoffdosen zur Verfügung stellen zu können, erhöhen die Firmen mit den modernsten COVID-19-Impfstoffen seit Monaten nicht nur ihre eigenen Produktionskapazitäten, sondern gehen auch immer mehr Kooperationen mit anderen Firmen ein.

Im Kampf gegen die Pandemie und für die Gewährleistung einer gerechten und bedarfsorientierten Verteilung von Impfstoffen und anderen Produkten sind nach Auffassung der Antragsteller noch nicht alle Maßnahmen ausgeschöpft.

## **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

## **C. Alternativen**

Keine.

## **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/26887 abzulehnen.

Berlin, den 24. März 2021

### **Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

**Dr. Peter Ramsauer**  
Vorsitzender

**Dr. Georg Kippels**  
Berichterstatter

**Dagmar Ziegler**  
Berichterstatterin

**Dietmar Friedhoff**  
Berichterstatter

**Jens Bееk**  
Berichterstatter

**Eva-Maria Schreiber**  
Berichterstatterin

**Ottmar von Holtz**  
Berichterstatter

## **Bericht der Abgeordneten Dr. Georg Kippels, Dagmar Ziegler, Dietmar Friedhoff, Jens Beeck, Eva-Maria Schreiber und Ottmar von Holtz**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/26887** in seiner 212. Sitzung am 25. Februar 2021 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie und den Ausschuss für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, ACT-A weiterhin finanziell und auf allen Ebenen zu unterstützen, sodass die Säulen Impfstoffe, Therapeutik, Diagnostik und Gesundheitssysteme zu einer effektiven globalen Bekämpfung der COVID-19-Pandemie beitragen könnten. Darüber hinaus soll die Bundesregierung überschüssige Impfdosen zeitnah mit klaren Rahmenbedingungen den Ländern des Globalen Südens über COVAX zur Verfügung stellen und für ein entsprechendes Vorgehen auf internationaler Ebene werben.

Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit und der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) soll die Bundesregierung die Partnerländer bei der Planung, Vorbereitung und Umsetzung ihrer Impfkampagnen unterstützen, und sie bei dem Aufbau von Impfstrukturen und Impfzentren mit technischer Beratung, finanziellen Mitteln und medizinischer Ausrüstung behilflich sein.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Ausbau der COVID-19-Testkapazitäten, sowie Möglichkeiten für integrierte Tests finanziell und technisch zu unterstützen.

Außerdem soll sie sich auf internationaler Ebene für C-TAP einsetzen, damit Hersteller mit Blick auf eine öffentliche Finanzierung ihre COVID-19-Impfstofftechnologie weitergeben würden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, darauf zu achten, dass bei künftigen Vertragsgestaltungen mit COVID-19-Impfstoff- und Medikamentenherstellern konkrete Bedingungen für eine vollständige Transparenz, den Technologietransfer über C-TAP und Preise zu Selbstkosten aufgenommen würden.

Die Bundesregierung wird außerdem aufgefordert, eine weitere Förderung der Forschungsinitiative Coalition for Epidemic Preparedness Innovations (CEPI) an eine starke Verpflichtung öffentlicher und privatwirtschaftlicher Akteure zur Freigabe des gewonnenen geistigen Eigentums zur öffentlichen Nutzung zu binden.

Die Bundesregierung soll ferner dafür sorgen, dass die Verteilung der in der EU entwickelten Impfstoffe an Länder außerhalb der EU erhöht würde, um auch den Darstellungen Chinas und Russlands etwas Konkretes entgegenzusetzen und gelebte Solidarität mit den Partnerländern weltweit zu beweisen.

Die Bundesregierung wird schließlich aufgefordert, die WHO in ihrer Ausstattung und ihrem Mandat als koordinierende Organisation der globalen Gesundheit zu unterstützen, indem sie ihre nicht gebundenen Beiträge um 200 Mio. Euro erhöhen würde. Das entwicklungspolitische Engagement soll in den Bereichen öffentliche soziale Sicherungs- und Gesundheitssysteme auf- und ausgebaut werden.

### **III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse**

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat die Vorlage auf Drucksache 19/26887 in seiner 110. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage auf Drucksache 19/26887 in seiner 145. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

#### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 19/26887 in seiner 74. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** berichtet, dass Bundesminister (BM) Dr. Gerd Müller bei der Debatte im Deutschen Bundestag den vorliegenden Antrag ausdrücklich gelobt hätte. Man wäre meilenweit davon entfernt, die globale COVID-19-Pandemie in den Griff zu bekommen, und das hätte fatale Folgen für Deutschland und Europa, aber auch für die Menschen in den ärmeren Ländern der Erde. Über den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages seien 1,5 Mrd. Euro für ACT-A zur Verfügung gestellt worden, und in 2020 habe man über Nachtragshaushalte viel zusätzliches Geld erhalten. Man könnte aber auch viele Bereiche jenseits der direkten COVID-19-Bekämpfung beobachten, in denen beispielsweise Schulen geschlossen oder Arbeitsplätze verloren gehen würden, und darauf müsse man mehr Aufmerksamkeit lenken. Man könnte die Pandemie bekämpfen, wenn man mit Ausnahmebeschlüssen, auch bei den internationalen Maßnahmen und Allokationen von Ressourcen, agieren würde. Der Unterstützungsbedarf zur Bekämpfung der Pandemie sei im Hinblick auf die Produktion von Impfstoffen, Ansätze für Diagnostika und Behandlungsmöglichkeiten sowie bei der Ausstattung von Laboren groß und müsse weiter intensiviert werden. Man hätte die globale Verteilung der Impfstoffe von Anfang an über COVAX regeln müssen. Das wäre, auch in den EU-Staaten, nicht passiert, und jetzt werde es immer schwieriger, eine gerechte Verteilung zu gewährleisten. Es liege letztendlich im eigenen Interesse, Prävention, Diagnose und Behandlung zu fördern und starke Gesundheitssysteme in allen Ländern auf den Weg zu bringen. ACT-A bestehe im Übrigen aus verschiedenen Säulen, wobei die Produktion und Verteilung der Impfstoffe nur eine sei. Von den 1,5 Mrd. Euro, die von Deutschland bereitgestellt worden seien, gingen knapp 950 Mio. Euro dorthin. Trotzdem wäre ACT-A nach wie vor massiv unterfinanziert, und deswegen habe man diesen Antrag gestellt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellt fest, dass der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine überarbeitete Version eines früheren Antrags der Fraktion DIE LINKE. zu dieser Gesamthematik sei; einige Passagen würden allerdings freundlicher klingen. Der erste Satz im Antragstext gelte eigentlich immer, denn eine einmalige Herausforderung könne grundsätzlich nur gemeinschaftlich bewältigt werden. Die Generalkritik, dass Deutschland in wesentlichen Punkten Ressourcen nicht ausreichend nutze und seine strukturellen Einflüsse nicht in vollem Umfang nutzen würde, um eine weltweite Versorgung mit Impfstoff sicherzustellen, teile man nicht. Dazu gehöre auch die Verpflichtung, sich um entsprechende Produktionsstätten, -kapazitäten und -partner zu bemühen und Lizenzen zu vergeben; das Patentthema werde einmal mehr als „Allheilmittel“ angesehen. Die Fraktion der CDU/CSU wolle darauf hinweisen, dass Produktionsstätten nicht beliebig zur Verfügung stehen würden, und es würden definitiv keine Impfproduktionsstätten „nutzlos in der Landschaft“ herumstehen, die man jederzeit aktivieren könnte. Insbesondere die neuen mRNA-Impfwirkstoffe hätten eine besondere Wirkungsweise, die von dem im Antrag erwähnten „Serum Institute of India“ nicht ohne weiteres produziert und vermehrt werden könnten. Es gehe auch nicht ausschließlich um finanzielle Anreize, denn das Unternehmen BioNTech wäre ein Start-up mit einer geradezu einmaligen wissenschaftlichen Kompetenz. Dieses Unternehmen hätte das Geld in erster Linie dazu benötigt, um der Kompetenz zum Erfolg zu verhelfen. Genialität lasse sich weder staatlich verordnen, noch beliebig vermehren. Deutschland hätte seine finanziellen und organisatorischen und finanziellen Beiträge für COVAX, ACT-A und alle anderen Institutionen bestens eingesetzt. Daran könnten sich die Vereinigten Staaten von Amerika (United States of America, USA) oder Großbritannien (GB) ein Beispiel nehmen. China und Russland würden ausschließlich aus geostrategischen Überlegungen heraus agieren, was nicht erstrebenswert wäre. Man wäre also auf dem richtigen Weg und benötige diesen Antrag nicht, den die Fraktion der CDU/CSU ablehne.

Die **Fraktion der SPD** unterstreicht, dass es bei der Debatte im Plenum des Deutschen Bundestages drei Anträge gegeben hätte, und dementsprechend müsse man zunächst die Urheberschaft klären. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hätte sich seit der ersten Lesung inhaltlich nicht verändert, obwohl es eine Reihe

weiterer Entwicklungen gegeben hätte. Es gebe gute und wichtige Ansätze, aber die Bundesregierung hätte bereits darauf reagiert, indem sie 1,5 Mrd. Euro für ACT-A bereitgestellt hätte. Bereits im Jahr 2020 hätte man bei einem Gipfeltreffen der Vereinten Nationen (VN) festgelegt, Impfstoffe gleichmäßig zu verteilen, aber das sei bedauerlicherweise nicht umgesetzt worden. Man müsse konstatieren, dass die nationalen Interessen vorrangig bedient worden wären, anstatt einen „Blick über den nationalen Tellerrand hinaus“ zu wagen. Das sei durchaus zu kritisieren, aber das könne man nicht der Bundesregierung anlasten. Die im Antrag aufgenommenen Handlungsempfehlungen und Forderungen an die Bundesregierung seien aufgrund des tatsächlichen Regierungshandelns überflüssig, und deshalb werde die Fraktion der SPD den vorliegenden Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der AfD** fordert, dass man jetzt alles tun müsse, um die weltweiten Lockdowns zu beenden, denn diese zerstörten Existenzen und Menschenleben. Für die Fraktion der AfD stehe fest, dass es niemals zu einem Impfwang kommen dürfe. Außerdem dürften nur solche Impfstoffe verimpft werden, die geprüft und getestet wären. Derartiges gebe es augenblicklich jedoch nicht. Es gebe verschiedene Länder, die nicht mehr BioNTech und AstraZeneca impfen würden; Kanzler Kurz aus Österreich habe vor einem Überimpfen gewarnt, das die EU spalten könne. Europa und Deutschland seien nicht einmal in der Lage, alles Notwendige für sich selbst zu organisieren; gleichzeitig werde in dem Antrag eine globale Verteilung gefordert. Man sollte zunächst einmal in Deutschland alles vernünftig regeln, am besten „ohne den BM für Gesundheit, Herrn Spahn“. Wenn die Entwicklung so weiter gehe und die Fraktion der CDU weiterhin keine vernünftige Realpolitik mache, dann sei die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bald stärker als diese. Die Fraktion der AfD werde den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der FDP** erläutert, dass man bei den Forderungen 3, 5 und 20 im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einer Meinung sei, was sicherlich für alle Mitglieder des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) gelten würde. Die Stärkung der WHO sei eine zentrale Aufgabe. Sie könnte mit starken Regionalbüros in den Ländern des Globalen Südens Hygiene- und Gesundheitsinfrastrukturen aufbauen, sodass man mit der erforderlichen Logistik die komplexen mRNA-Impfstoffe transportieren könnte. Das sei faktisch derzeit nicht der Fall, denn dazu wäre die WHO nicht in der Lage. Umso mehr sei die Fraktion der FDP der Auffassung, dass man an dieser Stelle mit den bilateralen Aktivitäten nicht nachlassen dürfe. Bei den Forderungen 10, 11 oder auch 12 komme ein Stück weit „die grüne Welt“ der Antragsteller zum Vorschein, wonach man selber besser wisse, wie es gehe. Deshalb teile man den Unternehmen mit, wie sie gegen Mutationen wirkende Impfstoffe entwickeln sollten, um sie dann der Allgemeinheit bereitzustellen; diese sollten dann aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden. In Deutschland könne man sich beispielsweise ansehen, dass das stärkere Engagement des Staates bei dem Unternehmen CUREVAC nicht dazu geführt hätte, schnell einen wirksamen Impfstoff zu entwickeln. Dieser wäre stattdessen bei BioNTech geschaffen worden, obwohl das staatliche Engagement ausschließlich finanziell gewesen sei. Bei den Fragen zur Verteilung der Impfstoffe in der Welt stimme man überein, aber wenn es um die Abschaffung geistigen Eigentums gehe, dann sei der Antrag nicht zustimmungsfähig, und die Fraktion der FDP lehne ihn ab. Diejenigen, die mit ihrer Bildung und ihrem vollen Engagement aus eigenem Interesse gegen solche Pandemien forschen und arbeiten würden, müsse man unterstützen, auch in der Zeit nach der Corona-Pandemie.

Die **Fraktion DIE LINKE** stellt klar, dass die COVID-19-Krise nicht nur in gesundheitlicher Hinsicht verheerend sei, sondern auch desaströse soziale und wirtschaftliche Auswirkungen habe. In dem vorliegenden Antrag würden eine multilaterale und umfassende Stärkung von Impfstoffproduktion und -verteilung sowie der Aufbau von Gesundheitssystemen in den Ländern des Südens gefordert. Im Mittelpunkt stehe die stärkere Unterstützung von COVAX und WHO, um die stockenden Impfprogramme voranzubringen. Es werde zudem eine temporäre Freigabe von Patenten gefordert, wenn Unternehmen ihre Impfstoffentwicklung zum Großteil mit öffentlichen Steuergeldern finanziert hätten. Diese und die meisten anderen Forderungen im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstütze man. Der Verweis auf C-TAP gehe in die richtige Richtung. Der Fraktion DIE LINKE sei allerdings der Bezug auf COVAX für die globale Verteilung von Impfstoffen als primärer Mechanismus für eine weltweite Verteilung zu schwach, denn reiche Länder hätten vorab Verträge mit Pharmaunternehmen geschlossen. Der Verteilungsmechanismus funktioniere im Übrigen nicht, weil es nicht genug zu verteilen gebe, und diese Knappheit an Impfdosen sei künstlich erzeugt. Seit Mai 2020 hätten die Industrieländer die Entwicklung von Impfstoffen mit Steuergeldern in Milliardenhöhe unterstützt, aber es gebe keine Regeln bezüglich Transparenz, Preisgestaltung und Zugang, um zu verhindern, dass mit dieser Krise Geschäfte gemacht werden könnten. Die Fraktion DIE LINKE fordere, dass die künstliche Knappheit, die Menschenleben koste, und der weltweite Notstand durch die Freigabe der Patente beendet würden und eine rasche Ausweitung der Produktion, auch in ärmeren Ländern, mit technischem Knowhow vorangetrieben würde. Man wolle zudem eine allgemeine Aufgabe

von Patenten und stattdessen die Einrichtung von Patentpools; geistige Eigentumsrechte würden auch bei anderen Krankheiten, wie Hepatitis C und Krebs, Schaden anrichten. Der Erfolg eines solchen Patentpools habe sich bei HIV/AIDS gezeigt. Die eigene Fraktion habe selber einen Antrag für die Freigabe der Patente erstellt, und deshalb enthalte man sich bei dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Berlin, den 24. März 2021

**Dr. Georg Kippels**  
Berichtersteller

**Dagmar Ziegler**  
Berichterstellerin

**Dietmar Friedhoff**  
Berichtersteller

**Jens Beeck**  
Berichtersteller

**Eva-Maria Schreiber**  
Berichterstellerin

**Ottmar von Holtz**  
Berichtersteller

